Antragsteller A

FB 1
z.K. u.d.B.
u. w. Veranlassung
D 21/9

SEEBRÜCKE
SCHAFFT SICHERE HÄFEN!

Seebrücke Lokalgruppe Lüdinghausen

59348 Lüdinghausen

An den
Bürgermeister der Stadt Lüdinghausen
Herrn Richard Borgmann
Borg 2
59348 Lüdinghausen

Lüdinghausen, 18.09.2020

<u>nachrichtlich:</u> an die im Rat der Stadt Lüdinghausen vertretenen Fraktionen

Anregungen und Beschwerden (Bürgerantrag)
gemäß § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW)

Thema des Antrages: Lüdinghausen erklärt sich zum "Sicheren Hafen"

Antragstellerin für "Seebrücke Lüdinghausen": Anke Brandmeier

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren

hiermit beantrage ich im Namen der Initiative "Seebrücke Lüdinghausen", dass Lüdinghausen sich im Rahmen der Seebrücke-Initiative zum "Sicheren Hafen" erklärt.

Ich bitte auch die angeschriebenen Fraktionen um freundliche Unterstützung unserer Anregung.

Begründung:

Vor einer Woche ist das Lager Moria auf der Insel Lesbos abgebrannt. Seitdem leben die Menschen vor Ort auf der Straße, haben noch schlechteren Zugang zu Wasser, Lebensmitteln und medizinischer Versorgung als zuvor. Unvorstellbar, denn auch schon vorher war das für etwa 2800 Personen ausgelegte Lager von etwa 12.600 Personen "bewohnt". Oft heißt es jetzt, die Menschen seien nach dem Brand obdachlos – mit Verlaub, das waren sie auch schon vor dem Brand, es sei denn, man definiert ein Stück Plastikplane oder ein Campingzelt als "Obdach".

Viele Geflüchete geraten beim Versuch, über das Mittelmeer die Küsten der EU zu erreichen, in Seenot. Die humanitäre Situation in den Camps auf dem Gebiet der Europäischen Union – z. B. auf den griechischen Inseln - ist prekär und als unvereinbar mit der Charta der Grundrechte der EU anzusehen. Die unteilbare, universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit und der Gleichheit erfordern eine Solidarität mit den Menschen, die in diesen Einrichtungen untergebracht sind.

Wir – die Initiative Seebrücke - sind seit letzer Woche in vielen Städten auf die Straße gegangen und haben für die Evakuierung der Lager an den europäischen Außengrenzen demonstriert. Wir können und wollen diese Zustände nicht hinnehmen.

Auch in Lüdinghausen hat die "Seebrücke Lokalgruppe Lüdinghausen" eine Veranstaltung im Sinne einer Mahnwache abgehalten und seitens der Bürgerschaft enormen Zuspruch erfahren.

Viele Städte und Kommunen haben erneut ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert.

Über 170 Sichere Häfen stehen inzwischen bereit!

Wir – die Seebrücke Lokalgruppe Lüdinghausen meinen: #WIR HABEN PLATZ!

Niemand flieht freiwillig: Kriege, Verfolgung, Gewalt, Armut und die Klimakrise führen dazu, dass Menschen ihr Zuhause verlassen müssen. Auf der Suche nach einem Sicheren Hafen begeben sie sich auf lebensgefährliche Fluchtrouten – denn in die EU gibt es kaum sichere Wege. Doch anstatt die Menschen auf der Flucht zu schützen, schottet die EU sich noch stärker ab. Sie investiert immer mehr in den sogenannten "Grenzschutz" und sieht dem Sterben der Flüchtenden weiter tatenlos zu – nicht nur auf dem Mittelmeer.

Unsere Antwort:

Die Seebrücke-Bewegung entgegnet dieser unmenschlichen Politik mit einem klaren Plan:

Wir schaffen selbst sichere Häfen für Menschen auf der Flucht!

Während Nationalstaaten in ganz Europa weiter auf Abschottung setzen, wollen unzählige Städte und Kommunen mehr geflüchtete Menschen aufnehmen, als ihnen zugewiesen werden. Sie zeigen: Bei uns ist noch Platz! Doch bis heute dürfen Sie das nicht selbstbestimmt in die Tat umsetzen. Denn über die Aufnahme geflüchteter Menschen entscheiden letztlich immer die Nationalstaaten. Deshalb sind die Sicheren Häfen blockiert

und können geflüchteten Menschen kaum helfen.

Die Seebrücke will deshalb die Selbstbestimmung der Kommunen bei der Aufnahme zusätzlicher geflüchteter Menschen.

Eine solidarische Migrationspolitik muss von den Kommunen ausgehen: Erst die enge Abstimmung mit der Zivilgesellschaft vor Ort sorgt für die demokratische Legitimation einer solidarischen und offenen Politik. So können wir erreichen, dass die Aufnahme von Menschen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und angenommen wird.

Der Rat der Stadt Lüdinghausen möge daher wie folgt beschließen:

1. Der Rat beschließt, dass die Stadt Lüdinghausen als Mitglied des Städtebündnisses „Sichere Häfen" bereit ist, 10 geflüchtete Menschen aus humanitären Gründen zusätzlich – ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote – aufzunehmen, davon 3 unbegleitete Minderjährige.

2. Der Rat bekräftigt, dass die Stadt Lüdinghausen für diesen Personenkreis alle Anstrengungen unternehmen wird, damit eine gleichberechtigte Teilhabe und eine Integration in die Stadtgesellschaft gelingt. Dies gilt insbesondere für die Versorgung mit Wohnraum und die Sprachförderung, aber auch für die Integration in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt.

3. Der Rat der Stadt Lüdinghausen fordert den Bund auf, ein Verfahren zur Übernahme dieser Geflüchteten nach Deutschland zu schaffen und die geordnete Zuweisung nach Lüdinghausen ohne Anrechnung auf eine gesetzliche Aufnahmequote sicherzustellen. Des Weiteren fordert der Rat der Stadt Lüdinghausen das Land Nordrhein-Westfalen auf, die Aufnahme auch in seiner Funktion als Kostenträger zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

für Seebrücke Lokalgruppe Lüdinghausen